

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend.



Anzeigerpreis: Die fünfspaltige Kopierspalt 15 Pf.

Belegannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Seigerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,80 RM. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 RM und durch den Briefträger 1,74 RM.

Belegannahme und monatliche Bezüge werden auch in der Geschäftsstelle, Seigerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Kaiserl. Botenämtern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 7.

Donnerstag, den 16. Januar 1919.

58. Jahrgang.

Zur Lage.

Der Sturz der Spartakisten.

Die Gewaltthaten der Spartakisten, unter der Berlin eine Woche lang zu leiden hatte, ist gebrochen, die letzten Wurzeln des Aufwulfs sind gestoben und die Bewohner der Reichshauptstadt können wieder ihren Geschäften nachgehen ohne beschränkt zu müssen, auf der Straßen oder in ihren Geschäften erschossen zu werden. Allerdings macht man sich darauf gefaßt, die verzeuften Elemente noch hier und da lokal zu fange verhaften werden.

Den Umsturz in der Reichshauptstadt der Spartakisten brachte die Ermüdung des Volkes. Die Stadtluft davon verberbtet sich nach der Befreiung der Massen nach einer fast zweiwöchigen Dauer der einander die Verlangsamung der Wirtschaft, die das Volk in die Hände der Spartakisten und zuletzt der Soldatische Wut in die Hände der Regierungstruppen. Der Sturm auf diese Gebäude war von dem Führer der Regierungstruppen sehr sorgsam vorbereitet worden und führte daher nur wenige Opfer, während die Besetzungen weitaus zahlreichere Tote und Verwundete hatten. Am schwersten war die Ueberwindung des großen Polizeipräsidiums, die von dem Untergrundkämpfer Alexanderplatz aus durch Ueberstreichung gelang.

Den Regierungstruppen sind etwa 1000 Gefangene in die Hände gefallen, die teilweise nur mit dem Ziel der Verhaftung gefangen worden konnten. Die Nachricht, daß sie bereits vor ein Landgericht gestellt worden seien, befähigt sich nicht. Sie sind einmündig in Kasernen untergebracht und werden als Kriegsgefangene behandelt. Unter ihnen befinden sich auch zahlreiche Frauen.

Am Sonntag mittig demonstrieren die Arbeiterparteien und die Demokraten in zahlreichen Versammlungen für Ruhe und Ordnung. Auch die Christliche Sozialpartei und die deutsch-nationale Volkspartei hielten Wahlversammlungen ab.

Notte über Berlin und den Osten.

Als ein Trupp Demokraten vor dem Reichstagsgebäude erschien, um der Regierung und den Truppen für ihr tatkräftiges Eingreifen zu danken, hielt der Oberkommandierende des Ostes folgende Ansprache:

„Im Namen der Reichsregierung danke ich Ihnen dafür, daß Sie hierher gekommen sind, um den Fronttruppen und uns Dank zu sagen für das, was wir in den letzten Stunden leisten mußten. Glauben Sie mir, es ist mir als Oberkommandant nicht leicht geworden, die Truppen in die Straßen Berlins zu führen. Waren die Soldaten doch verarmt worden, um nach dem bedrohten Osten abzugehen. Aber der Auftrag, der sich in den Straßen Berlins breit gemacht hatte, zwang uns zu unseren Vorgehen. Es ist nicht möglich, an den Grenzen Ordnung zu schaffen, wenn in Berlin, in der Mitte des Reiches, Gewalt vor sich geht.“

Ich gebe Ihnen die feste Versicherung, daß schon in den nächsten Tagen in Berlin die Ruhe und Ordnung hergestellt wird, die wir in Berlin gönnen und die alle einmündig geordneten Staatsbürgern würdig ist. Ich werde dem den allerersten Teil der Truppen aus Berlin entlassen und die über ursprünglichen Bestimmung zurückschicken. Allerdings werde ich hier in Berlin diejenigen Truppenmengen zurückhalten, die erforderlich sind, um die heute in acht Tagen stattfinden.

Waffen zur Massenverteilung sicherzustellen und ordnungsgemäß durchzuführen. Seiten Sie versichert, die Reichsregierung hat keinen Augenblick vergessen, was sie den deutschen Brüdern in dem deutschen Lande im Osten schuldig ist. Sie hat alles getan, um jene sofort sicher und dauernd vor polnischer Willkür zu schützen. Deutsches Land und deutsche Bürger im Osten dürfen die feste Zuversicht haben, daß im Osten deutsch bleiben wird, was deutsch ist.“

Die letzten Schicksale.

Sonntag mittig, hatte sich ein zahlreiches Publikum unter den Linden eingefunden, um die Zugänge nach beiden Seiten der Friedrichstraße abgeheert und die Posten ihrer Gewehre schützig machen. Das Publikum wurde zurückgedrängt; schon knarrenden Schiffe und alles suchte in den äußeren und offenkundigen Läden. In kurzen Zwischenräumen dröhnten die Gewehrschüsse, kletterte die Waffengewehre, Spartakisten schossen von den Dächern der Friedrichstraße und der Querstraßen, wo sie sich eingekerkert hatten. Die Friedrichstraße von der Leipziger Straße bis zur Weidenbaumbrücke lag unter dem Feuer und konnte nur mit Lebensgefahr betreten werden. Die Zugänge nach Seltensstraße wurden mit Granatwurf besetzt. Nur Leute, die sich als Arbeiter ausweisen konnten, fanden Durchlaß durch die Postenkanten.

um wieder über das Schießen auf, die letzten Spartakisten waren offenbar getötet worden.

Einhorn und seine Leute sind mit Tod und Nach aus der Hühnerbräuerie geflüchtet. Der gefamte Material und die Waffen haben sie auf Ostfaß und Mittelbogen mit sich geführt. Wo sich die letzten Mann einhorn sich begeben haben, ist bis zur Stunde noch nicht festgesetzt.

Einhorn selbst hat sich vor einigen Tagen einen Refugium nach Dänemark ausgestellt und den dänischen Geheimdienst eingeweiht.

Entschaffung der Waffen.

Nach einer Verfügung der Reichsregierung ist es jedem Zivilisten, der nicht im Besitze einer von der Regierung ausgestellten Waffe ist, verboten, irgendwelche Waffen bei sich zu führen.

Die Truppen haben bereits im Laufe der Nacht damit begonnen, allen verächtlichen Elementen die Waffen abzunehmen.

Der Eisenbahnbetrieb.

Die sämtlichen Berliner Bahnhöfe sind nun im Gesamtbetrieb der Regierungstruppen, und der ordnungsmäßige Betrieb wurde sofort in die Wege geleitet, soweit man augenblicklich von der Inbetriebnahme eines Fahrplans sprechen kann. Es sollte versucht werden, noch abends einlaufende Fernzüge über die Stadtbahn zu leiten, sicher aber wird das wohl am Montag der Fall sein können.

Die Zahl der Opfer.

Die die Umruhen der letzten Woche gefordert haben, ist zur Zeit noch nicht annähernd festzustellen. Es befinden sich in den Gefängnissen, öffentlichen und Privat-Krankenhäusern, im Schutzhause und etwa 70 Tote und 218 Verletzte. Das aber bei weitem nicht alle Opfer, denn wie glaubhaft berichtet wird, befinden sich in Privatwohnungen gleichfalls noch eine ganze Anzahl Tote und Verletzte. Ein Teil der letzteren ist guten Grund, keine der öffentlichen Anstalten aufzusuchen, befinden sich doch darunter dunkle, von der Polizei gefangene Elemente. In amtlichen Kreisen wird die Zahl der Toten auf vielleicht 200, die der Schwerverwundeten auf über 1000 geschätzt. Eine genauere Heberzählung wird wohl erst in den nächsten Tagen möglich sein.

Soweit sich bisher feststellen ließ, haben die aus Potsdam herbeigekommen Truppen bei ihrer tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederherstellung der Ordnung in Berlin insgesamt vierzehn Mann verloren. Es handelt sich um sechs Tote und acht Verwundete. Von den Toten entfallen je zwei auf das Garde-Regiment, die Unteroffizierschule und das Regiment Garde-du-Corps.

Wiederbesetzung der Schulstele.

Unter der Verwaltung Einhorn's hatte man der Berliner Schulkommmission, der in den Revolutions-tagen die Wachen abgeben wurden, noch, die nicht wiederbesetzt. Am Sonntag hat nun der neue stellvertretende Polizeipräsident Richter, nachdem er im Berliner Polizeipräsidenten die Ordnung einigermaßen wiederhergestellt hat, sofort die dort befindlichen und die erledigten Schulstele mit Karabinern besetzen lassen. Im Laufe des Tages wird die gesamte Berliner Schulkommmission ihre Waffen wiederbekommen.

Spartakus im Reich.

In Spanbau haben Regierungstruppen die Ruhe völlig wiederhergestellt. Im Verlaufe der letzten Nacht hat sich nichts von Wichtigem mehr ereignet.

In Halle demonstrieren Regierungstruppen durch die Stadt. Dabei kam es zu einem Konflikt mit Watrosen. Angeblich war aus einem Hause in der Wagdenburger Straße geschossen worden. Das Haus wurde mit Handgranaten gekürrt. Dann wurde zwischen den Watrosen und Unabhängigen und den Regierungstruppen verhandelt. Nach mehrstündigen Verhandlungen kam eine Einigung zustande. Bei den Zusammenstößen gab es zwei Tote und mehrere Verwundete.

Die Spartakisten in Duisburg verübten einen Gewaltstreik zu unternehmen. Spartakusanhänger zogen vor das Gebäude der mehrheitssozialistischen „Volkshaus“. Es entwickelte sich hier ein Feuergefecht, jedoch ließ es sich nicht feststellen, wer das Feuer eröffnet hat. Die Spartakisten griffen das Gebäude mit Handgranaten an. Die bedeutend verstärkte Sicherheitswehr antwortete mit Gewehren und Maschinengewehren. Die Verluste der Spartakusbündler werden auf 6-10 Verwundete und Tote geschätzt. Unter ihnen befindet sich eine Frau. Die Sicherheitsmannschaften haben 3 Verwundete zu befragen. Die Spartakisten mußten das Feld räumen.

Die Wahlen in Württemberg.

Bei der Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung haben von 1 446 550 Wahlberechtigten 1 316 068 Stimmen abgegeben. Gültig datan waren 1 313 326 Stimmzettel, ungültig 2740. Es entsfallen auf:

Unabhängige sozialdemokratische Partei 40 622, Zentrum 273 192, Bauernbund 75 756, Bauernvereinsbund und kleine Landwirte 95 255, Landwirte Oberschwabens 5743, Deutsche demokratische Partei 328 555, sozialdemokratische Partei Württembergs 452 450, die Deutsche Friedenspartei 4027 und Württembergische Bürgerpartei 97 726 Stimmen. Somit erhalten diese:

Die Unabhängigen 4, Zentrum 31, Bauernbund 10, Bauernvereinsbund und kleine Landwirte 4, die Landwirte Oberschwabens 0, die Deutsche demokratische Partei 38, die Sozialdemokraten Württembergs 52, Deutsche Friedenspartei 0 und die Württembergische Bürgerpartei 11. Das Ergebnis aus der Gemeinde Württemberg (Oberamt Leonberg) steht noch aus, ändert aber an dem Gesamtergebnis nichts.

Witlon und die Entschädigungsansprüche.

Rotterdam, 13. Jan. „Daily Mail“ meldet: Präsident Wilson hat die Neuauflösung der bisherigen Schandenentscheidungen der Alliierten an Deutschland verlangt. Es soll Deutschland die Möglichkeit gegeben werden, seine Verpflichtungen auf Jahre zu verteilen.

Neue Waffenstillstandsbedingungen?

Wien, 13. Jan. Die „Bühnen Morgenzeitung“ meldet von informierter französischer Seite: Generalstab Marshall Foch werde anlässlich der Verlängerung des Waffenstillstandes folgende neue Bedingungen stellen: Verstärkung der Besatzungstruppen im Rheinland und Entsendung amerikanischer Truppen nach Polen gegen ein Uebergreifen des Bolschewismus. Die Nachricht, Marshall Foch habe sich bereit erklärt, die Vorgänge in Berlin eine militärische Intervention, ist unglaubwürdig.

Der Nahrungsmittelbedarf Europas.

Haag, 13. Jan. Aus Washington wird gemeldet: Der Lebensmittelkontrollrat glaubt, daß 1 400 000 Tonnen Lebensmittel notwendig sind, um die Bevölkerung Europas bis zur nächsten Ernte zu versorgen. Er sagt, daß keine Agenten feststellen können, ob Fleisch, Fett und Milch in manchen Gegenden so knapp sind, daß das Leben der Bevölkerung unter Umständen stark gefährdet ist. Die Sterblichkeit unter den Kindern ist erschreckend. Besonders ernst sind die Zustände in Städten.

Englisch-amerikanischer Gegenstand in der Blockadefrage.

Paris, 12. Jan. Die Chone Mütter aus Paris erfahren, werden seit einigen Tagen von den zuständigen Stellen in Paris offizielle Verprechungen über die Frage der Blockade Deutschlands entgegen. ohne daß man zu einem abschließenden Ergebnis gekommen sei. Die amerikanischen Delegierten fordern eine möglichst schnelle Entsendung von Lebensmitteln nach Mitteleuropa und erbitten in dieser Maßnahme ein wirksames Reaktionsmittel gegen den Bolschewismus im allgemeinen. Von englischer Seite wird demgegenüber mit allem Nachdruck auf einer Beibehaltung der Blockade in dem bisherigen Umfang bestanden. Man hofft, daß der in den nächsten Tagen zusammenzutretende interalliierte Versammlung eine Lösung finden wird.

Amerikaner und Deutsche im besetzten Gebiet.

Hamburg, 13. Jan. Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet aus dem Haag: Die eingelaufenen amerikanischen Mütter der zweiten Hälfte des Dezember enthalten lange Telegramme aus Koblenz, die ohne Ausnahme die ausgezeichneten Beziehungen zwischen den amerikanischen Truppen und der Bevölkerung des besetzten Gebietes melden. In einem Privattelegramm der Frau „Mrs. James“ heißt es: „Alles verläuft ohne die geringste Reibung mit den Deutschen, die als einzig baldigst befreit wird. Überall scheinen, die als einzig baldigst befreit wird. Überall scheinen, die als einzig baldigst befreit wird. Überall scheinen, die als einzig baldigst befreit wird.“

Es ist unzweifelhaft, daß die Amerikaner in ihrem Gebiet sind. Unser Politik ist ein Minimum von Einmischung, so lange alles in Ordnung geht.“ — Deutsche Berichte bestätigen, daß die Amerikaner sich in ihrer Handhabung vollständig von den Engländern und insbesondere von den Franzosen und Belgiern unterscheiden.

Weiteres in der Beilage.

Aufruf!

Freiwillige für die 10. Armee werden gebraucht.

Die 10. Armee — Oberbefehlshaber General der Infanterie v. Falkenhahn — steht an der Ostgrenze Litauens, um die Heimkehr der Truppen der Heeresgruppe Kiev sowie der 8. Armee zu sichern. Drei Monate etwa muß die 10. Armee ihre Stützen halten, damit die Kameraden aus Estland und Litauen, dem Kaukasus und Don ungeschädigt die Heimat erreichen können.

Aber die Armee hat jederzeit alle jüngeren Mannschaften zur Unterstützung der Westfront abzugeben. Jetzt sind für die Ersatz-Vorhänger und Entlastungsinhaber, aus denen sie zum großen Teil bestand, entzogen worden. Der Rest ihrer Truppen ist überalterter Landsturm, der nach Hause drängt. Die entstandenen und entstehenden Lücken müssen sofort ausgefüllt werden.

Jeder, der eine Waffe führen kann und gewillt ist, den nicht schweren Dienst hier draußen treu zu tun, wie es sich für den deutschen Soldaten von altersher gehört, ist willkommen.

Stehen wir in diesem guten deutschen Soldatengeist zusammen, dann gibt es hier keinen Feind, den wir auch nur einen Augenblick zu fürchten hätten.

Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes und der sonstigen Verhältnisse in Deutschland wird nicht wenig für den freiwilligen Eintritt geboten. Kräftige, ausreichende Verpflegung neben Unterkunft, Bekleidung, Ausrüstung, M. 30.— monatliche Grundlohnung für jeden Mann, dazu M. 5.— Tageszulage vom Dienstantritt an. Unteroffiziere erhalten anstelle der Grundlohnung ihre Dienstgradlohnung neben der Tageszulage sowie und sobald sie in Estland einrücken können.

Die erste Dienstverpflichtung erfolgt zunächst mit monatlicher Kündigungsfrist bei 14-tägiger Probezeit, jedoch sind die Verpflichtungen nach Möglichkeit auf drei Monate einzugehen.

Sehem freiwilligen Unteroffizier oder Mann wird außer der Freiwilligen-Zulage nach Ablauf eines jeden Monats eine Temp. Prämie bezahlt, diese beträgt nach dem

1. Monat 30.— Mark.
2. Monat 35.— Mark usw.

nach jedem Monat 5.— Mark steigend bis zum Höchstmaß von 50.— Mark. Außerdem erhält der Freiwillige bei endgültiger Entlassung 50.— M. Entlassungsgeld, 15.— Mark Nachsold und einen Entlassungsanzug, nach Wahlgabe der Bestimmungen, soweit ihn diese Befreiung nicht bereits bei einer früheren Entlassung zuteil geworden ist.

Kameraden! Wer den Übergang vom Heeresdienst zum bürgerlichen Leben jetzt noch nicht finden kann, nur im fremden Land noch etwas von dem Weite sehen will, wer vielleicht eine neue Zukunft im fremden Lande sich zu gründen gedenkt, der melde sich zum **Freiwilligen dienst in der 10. Armee.**

10. Armee.

Soldatenrat.

Armeerechtskommando.

Verbreitungen für den Bereich des IV. A. R. sind in **Rageburg**, Garnisonkommando, Auguststr. 42, Zimmer 108; **Halle a. S.**, Garnisonkommando, Magdeburgerstr., im Hause des Landwirtschaftlichen Arbeitsnachweises; bei den Garnisonkommandos **Stendal**, Sparenkaserne, Gardeleger Str. und **Torgau**, Soldatenrat, Geschäftszimmer, Promenade.

Bekanntmachung.

Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Auf Grund des § 28 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 werden nachstehend die für die Wahl zugelassenen Wahlvorschläge und ihre Verbindungen zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Die Wahlvorschläge sind der Zeitfolge des Eingangs nach geordnet.

Wahlvorschlag Kunert.

- Kunert, Fritz, Schriftsteller, Berlin-Niederschlesien, Kronstr. 24.
- Raute, Gustav, Zigarrenfabrikant, Eisenburg, Gr. Mauerstr. 16.
- Koenen, Wilhelm, Redakteur, Halle, Yorkstr. 78.
- Düwll, Bernhard, Redakteur, Fritz, Blumenstr. 5.
- Hübler, Anna, geb. Müller, Buchbindermeisterin, Schleibitz, Auguststr. 8.
- Manzel, Gustav, Kaufmann, Halle, Al. Ulrichstr. 31.
- Hildebrandt, Julius, Barbiereinhaber, Halle, Glauchastr. 71 a.
- Rasperek, Gottlieb, Redakteur, Halle, Volkmanstr. 24.
- Banje, Paul, Geschäftsführer, Halle, Schließweg 3.

Wahlvorschlag Ebert.

1. Dr. Theodor Ebert, Oberrealschuldirektor in Eisenberg.
2. Albert Schmidt, Postkassener in Eisenberg.
3. Georg Rügge, Richter, Eisenberg.
4. Dr. Otto Schröck, Sanitätsrat Eisenberg.
5. Alwin Knöfel, Konditor, Eisenberg.
6. Ernst Otto, Kreisamtsverwalter, Eisenberg.

Wahlvorschlag Graf Posadowsky-Wehner.

1. Staatsminister a. D. Arthur Graf Posadowsky-Wehner in Raumb. a. S.
2. Landwirt Richard Seibicke in Paretzeroda, Kreis Eckartsberga.
3. Sozialsekretär Dr. phil. Wilhelm Carlson in Halle a. S.
4. Bildhauerin Ellabeth Rödiger-Woehlyer in Halle a. S.
5. Bäcker D. Robert Paasche in Dietlar, Saalfeld.
6. Telegraphenbauherr Franz Puhlmann in Eisenberg.
7. Schuhmacher-Obermeister Bernhard Arndt in Halle a. S.
8. Lehrer Fritz Rusekopp in Lettin a. S.
9. Prakt. Arzt Dr. med. Otto Stanze in Nietzitz, Kreis Sangerhausen.

Wahlvorschlag Dellus.

1. Carl Dellus, Postsekretär in Halle.
2. William Koch, Landwirt in Unterfarnsiedt.
3. Dr. Willi Blankenburg, Oberlehrer in Zeitz.
4. Fräulein Dr. Angnes Gofche in Halle.
5. August Mangold, Fleischermeister in Halle.
6. Reppel Friedrich, Gewerkschaftssekretär in Bitterfeld.
7. Renatus Schleeje, Mittelschullehrer in Wittenberg.
8. Reinhold Ley, Handlungsgehilfe in Pleßja.
9. Katharina Barow, Fräulein, Jugenpfliegerin in Merseburg.

Wahlvorschlag Dietrich.

1. Emil Dietrich, Lehrer, Halle a. S.
2. Dr. Leo Herwegen, Dipl.-Ing. und Berginspektor, Halle a. S.
3. Robert Hedbergott, Dechant, Halle a. S.
4. Albert Mathal, Bergmann, Halbra.
5. Michael Josef, Ingenieur, Berg.
6. Franz Meze, Buchbinder, Halle a. S.
7. Josef Schmidt, Postdirektor, Halle a. S.
8. Theodor Wolf, Fabrikant, Bahrenfeld.
9. Frau Emma Bernhardt, Halle a. S.

Wahlvorschlag Thiele.

1. Adolf Thiele, Schriftsteller, Halle a. S.
2. Otto Vogt, Bezirksleiter, Halle a. S.
3. Lydia Ruedland, Schwester Dürrenberg.
4. Hermann Garbe, Bezirksleiter, Halle a. S., Harz 42.
5. Friedrich Giesels, Arbeitssekretär Halle a. S., Brandenburgstr. 2.
6. Richard Krüger, Geschäftsführer, Merseburg.
7. Friedrich Richter, Eisenbahner, Braunschweig, b. Halle.
8. Wilhelm Privenu, Geschäftsführer, Fleischer b. Wittenberg.

Wahlvorschlag Gerlich.

1. Heinrich Gerlich, Dr. phil. et rer. pol., Geschäftsführer des Zentralverbandes der chemisch-industriellen Industrie (Mittel-, Kleinindustrie und Handel), Berlin.
2. Robert Heidenreich, Handlungsgehilfe, Halle.
3. Otto Rohe, Bauer, I. Vorsitzender des Deutschen Bauernvereins, Schillingstedt.
4. Karl Pegold, Rechnungsrat, Regierungssekretär Merseburg.
5. Eduard Schmissh, Rektor der Mittelschule Merseburg.
6. Anna Zimmermann, Frau Jagführer, Halle.
7. Oswald Stieler, Bürgermeister, Osterwerda.
8. Karl Wiefemann, Bauer, Burgwerben.
9. Walthyr Priege, Bäcker Köhnigrode (Harz).

Die Wahlvorschläge Kunert und Thiele sind miteinander verbunden. Ebenso sind die Wahlvorschläge Ebert, Graf Posadowsky-Wehner, Dietrich und Gerlich miteinander verbunden. Außerdem hat eine engere Unterbindung der Wahlvorschläge Ebert und Gerlich stattgefunden.

Es ist ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß bei der am 19. Januar d. Js. stattfindenden Wahl die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln nur einem einzigen der vorstehend bekannt gegebenen Wahlvorschläge entnommen sein dürfen.

Die oben als verbunden bezeichneten Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

Merseburg, den 13. Januar 1919.

Der Wahlausschuh für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung, 13. Wahlkreis.
Der Vorsitzende.
Dr. Rudolph, Regierungsrat.

Lebensmittelmarken.

Am Freitag den 17. d. Mts. nachmittags von 3—4 Uhr werden in den Bezirksstellen die Brotmarken für die Zeit vom 20. Januar bis 2. Februar 1919 ausgeben.

Der Angstrat. Zimmermann.

Deutscher Bürger- und Bauern-Bund

für den Wahlkreis Merseburg (Deutsche Volkspartei)

Von Tag zu Tage heftiger wird die Fehde zwischen der Deutsch-nationalen und der Deutsch-demokratischen Volkspartei in unserem Wahlkreise und immer lauter der Ruf dorer, die sich keiner von beiden angeschlossen möchten, nach einer

Mittel- und Vermittlungs-Partei.

Eine solche will der neugegründete

Deutsche Bürger- und Bauern-Bund

sein. Er hat sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen, aber, ohne die Ueberlieferungen derselben zu übernehmen. Er will versuchen, sich von jedem Parteihader fernhalten, sein Bestes daranzusetzen, daß unser geliebtes Vaterland wieder emporblühe. Der Bund möchte vor allem die Stände und Berufe, deren Existenz der sozialistischen Staat bedroht, — Kaufmann, Handwerker, Bauer und Beamter — zu durch Einigkeit machtvoll handeln zusammenschließen.

Der Bund wird sich an den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung und preußischen Landesversammlung beteiligen und hat zu beiden eigene Wahlvorschläge eingelegt.

Unser Programm und unsere Flugblätter werden bis zu den Wahlen in jedes Wählers Hand sein. Unsere verehrten Mitglieder und Freunde, die mit unserer zu geringen Werbung für den Bund unzufrieden sind, wollen freundlich bedenken, daß die umfangreiche Arbeit nur auf wenigen Schultern ruht und zu einem Wahlsiege sehr große Schmittel gehören. Wir bitten sie herzlich, uns nicht zu drängen, sondern selbst in ihrem Bekanntheitskreis für den Bund zu werden und uns vor allem mit reichlichen Gaben die Hand zu fällen.

Mitgliederbeiträge werden nicht erhoben. Freiwillige Beiträge erbiten wir auf unser Konto bei der Mitteldeutschen Privatbank in Merseburg, die das Postkontokonto Leipzig Nr. 2647 hat. Anmeldungen von Mitgliedern sind an die Geschäftsstelle des Deutschen Bürger- und Bauernbundes in Merseburg, Gorthardstraße 88, (Fernsprecher 387) zu richten.

Der vorläufige Vorstand:

Pastor Busch - Merseburg, 1. Vorsitzender.	Bürgermeister Stieker - Osterwerda, 2. Vorsitzender.
Rechnungsrat Pegold - Merseburg, 1. Schriftführer.	Handl.-Gehilfe Heidenreich - Halle, 2. Schriftführer.
Generalkommissionssekretär Hepler - Merseburg, 1. Schatzmeister.	Bauer Otto Rohe - Schillingstedt, 2. Schatzmeister.

Landwirte! Bauern! Paszt auf! Am 19. Januar wird gewählt!

Alle Parteien wollen Eure Stimmen! Jede verspricht Euch deswegen goldene Berge für die Zukunft.

Zwar die Sozialdemokratie kennt Ihr! Die kann Euch nicht locken.

Aber vergesst nicht, dass Euch auch die demokratische Partei nichts bieten kann!

Denkt daran, dass sie sich hauptsächlich gründet auf die Freisinnigen, die Euch vor dem Kriege stets den Schutz versagt haben, wenn es galt Euer Los zu bessern, die heute noch nicht zugeben, dass wir ohne die durch die Schutzzölle gestärkte Landwirtschaft den Krieg nicht hätten vier Jahre lang führen können.

Dieselben Männer, die im Kriege bei der Gründung der Kriegsgesellschaften, die Euch so oft die Wirtschaft erschwert haben, führend waren, sie sind jetzt die führenden Männer der demokratischen Partei.

Für den Landwirt gibt es nur **eine** Partei, der er angehören kann, die

Deutschnationale Volkspartei.

Die Männer, die sich zu ihr bekennen, genießen von jeher das Vertrauen der deutschen Landwirte.

Schaffung eines starken Bauernstandes

durch Abgabe von Land vom Grossgrundbesitz des Staates, der Gemeinden und der Grossgrundbesitzer ist einer der wichtigsten Punkte ihres Programms.

**Stärkung des Bauernstandes
und der gesamten
Landwirtschaft**

durch alle geeigneten Mittel wird stets zu den wichtigsten Zielen der Deutschnationalen Volkspartei gehören.

Darum Bauern! Landwirte!

Wählt am 19. Januar die Liste der

Deutschnationalen Volkspartei.

Große öffentliche Landwirte- Versammlung.

Freitag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr
im Goldenen Hirsch, Weizenfels.

Vortrag des Reichstagsabgeordneten und Geschäftsführers Herr William Reichel über

die deutsch-demokratische Partei
und die Wahlen.

Landwirte und Landbesitzer kommt alle vollständig mit Euren Frauen.

Deutsch-demokratische Partei.

Unabh. Soziald. Partei

Die Kandidaten zur Nationalwahl sind die folgenden:

Kunert, Fritz, Schriftsteller,
Gr.-Lichterfelde

Raute, Gustav, Zigarrenfabrikant,
Ellenburg

Koenen, Wilhelm, Redakteur
Halle

Düwell, Bernhard, Redakteur,
Zeltz.

Hübler, Anna, Hausfrau
Sehkeuditz

Menzel, Gustav, Kaufmann,
Halle

Hildebrandt, Julius, Parteisekretär
Halle

Kasperek, Gottlieb, Redakteur
Halle

Banse, Paul, Geschäftsführer,
Halle

Speise- und Futtermöhren

4 Zentner 8 Mt., sowie sehr schönen

Grünkohl

gut preiswert abzugeben

Theodor Richter,
Bernsdorf.

Ein neuer

Anzug

nach Maß gearbeitet, ist zu verkaufen.
Dabei ist fleck auch eine Kammer-
Häfen zum Verkauf.

Probierstr. 8.

Ein

Dienstmädchen

in die Landwirtschaft sucht

Kurt Berger,
Unterlata.

Ein gut erhaltenes

Sofa

steht zum Verkauf
Steinweg 5.

Ein Lehrling

fann Oftern in die Lehre treten bei
Ed. Richter,
Schulmocherstr.

Eine hochtragende

Ziege

steht zu verkaufen
Unterm Berge 33.

Die Deutsche demokratische Partei sieht in der Sorge für die Kriegsgeschädigten, die Witwen und Waisen eine Ehrenpflicht des Staates.

Deutschnationale Volkspartei!

Donnerstag, den 16 Januar

Zwangslöse Besammensein

im Ratskeller, hinteres Zimmer.

Alle auch Nichtmitglieder herzlich willkommen.

Die Deutschnationalen Frauen

halten aus Vaterlandsliebe zu der jetzigen sozialdemokratischen Regierung, um bis zur Nationalversammlung unserm schwergeprüften Vaterland Unordnung und Anarchie zu ersparen. Aber gerade die selbstlose Hingabe an die sozialdemokratische Regierung macht es uns zur Pflicht, unser innersten Gesinnung Ausdruck zu geben. Am Wahltag unserer innersten Gesinnung Regierung, denn sie beruft die Nationalversammlung nur deshalb ein, damit aus ihr eine neue Regierung hervorgehe, die dem Mehrheitswillen des deutschen Volkes entspricht.

Ohne auf praktische Bedenken Rücksicht zu nehmen, können und müssen wir unsere Wahl nur nach der Stimme unseres Gewissens treffen!

Wollen wir aber mit deutscher Aufrichtigkeit, mit hoher Treue für das ganze deutsche Volk eine neue Regierung schaffen, so müssen wir am Wahltag unsere Stimme der

Deutschnationalen Volkspartei

geben.
Die besten Männer des deutschen Volkes gehören in die Nationalversammlung.

Jeder muss deshalb die Liste der deutschnationalen Volkspartei wählen, die mit dem Namen

Staatsminister

Arthur Graf Posadowsky - Wehner

beginnt, dem Namen, der ein Programm bedeutet, den jeder politische Deutsche kennt und ehrt.

An das deutsche Meer und die deutsche Marine!

Unbefragt haben das Fremde und die Marine über 4 Jahre die Heimat geliebt. Wenn wir jetzt **Schande und Schmach** erleben, wie sie noch nie ein Volk erlebt hat, so ist das nicht eure Schuld. Jene, die brauchen im Grenzgebiet und Dred der Schiffegebrüder oder auf jeder See zusammengekommen haben, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, jene besten Kräfte des deutschen Volkes, haben mehr als ihre Pflicht getan. Aber während sie Leben und Gesundheit einsetzten, sind ihnen Einflüsse aus der Heimat selbst, für die sie kämpften, in den Rücken geflossen.

Jene Weiber aus der Heimat haben Deutschland zu Boden gedrückt, nicht der Feind.

Ihr müßt, wer sie sind. Es sind vor allem jene, die setze ihre Kameraden im Elend ließen,

wollen wir nicht länger dulden. Schließlich müssen sie doch vom gesamten Volke ausgebracht werden.

Geregeltes Wirtschaftleben und geordnetes Staatsleben muß auch schon deshalb schleunigst geschaffen werden, weil sonst das Feind eintritt, wie er schon angebroht hat, und wir unter jabelnder drückender Fremdenherrschaft mit allen ihren ungeheuren Lasten zu kämpfen haben werden.

Wir wollen unbedingt **gleiches Recht für alle**, aber keine naturwüchsig Gleichmaderie, die den Gleichen und Mächtigen entzweit. Diese sollen alle Wege bis in die höchsten Stellen offen sein.

Wir wollen ein **neues freies Volkstheer und Volksmarine**.

die Defektoren.

Die jetzt herrschenden Zustände führen Deutschland unerbittlich wirtschaftlich und politisch in den Abgrund, wenn nicht jeder, der sein Volk und seine Heimat liebt und der nicht will, daß Deutschland ein **Volk von Bettlern** wird, mitteilt am Neuanfang eines geordneten Staatslebens.

Wir werden uns deshalb an die, die für Deutschland Leben und Gesundheit eingesetzt haben, an Oer und Stelle, weil wir erwarten, daß über doch noch der Begriff der Ehre, Liebe und Treue für die Heimat lebendig ist.

Wir wollen keine Gegenrevolution und kein neues Vätergesein. Aber wir wollen, daß **Deutschland von Männern regiert** wird, die etwas davon verstehen; denn Regieren muß genau so gelernt sein, wie unter andere Beruf. Mit entloren Leben und Debatten ist es nicht getan.

Derzeit Zustand, der Deutschland einem Katastroph gleich muß auflösen.

Wir wollen es nicht dulden, daß **die Bäckhäuser geöffnet** und ihre Anstalten auf das Volk losgelassen werden. Diebe und Räuber dürfen nicht, wie es geschieht, mit Waffen versehen werden, während der Bürger unbeschützt ihrer Willkür ausgesetzt wird.

Wir versetzen unter „Freiheit“ etwas anderes, als daß jeder auf Kosten der übrigen Volksgenossen tut, was ihm beliebt.

Das ist keine Freiheit, die fortgesetzt durch die Machtgewalt einer kleinen Minderheit beherrscht werden kann.

Das ist keine Ordnung, die schon aufrechten ist, wenn nicht geradezu auf den Straßen geschossen wird, die im öffentlichen oder alles brücker und drüber gehen ist.

Die Verschleuderung von Staatsvermögen und Staatsgebern in Milliardenwerten

An deren Aufbau und Reorganisation sollen alle Angehörigen des Meeres und der Marine das Mitspracherecht haben. Wir werden insbesondere für die Befreiung der wirtschaftlichen Lage der Defektoren und Unteroffiziere, ihrer Angehörigen, Witwen und Waisen eintreten, und zwar mit allen Mitteln und mit aller Energie, denn in ihnen verkörpern sich besonders wertvolle Kräfte des deutschen Volkes. Die kommenden Wahlen werden über **Deutschlands zukünftige Verfassung, über Deutschlands Schicksal** entscheiden. Alle Angehörigen des Meeres und der Marine haben daher die Pflicht, ihre Stimmgebung abzugeben, daß ihr und des **Volkes Wohl** gewahrt wird.

Weder die internationale Sozialdemokratie, noch die goldene Internationale, vertreten durch die Demokratische Volkspartei, stehen auf diesem Standpunkt, der für ein Gedeihen Deutschlands unerlässlich ist.

Wir wollen unsere Vereinsten gern vereinigen. Aber wir können es nicht allein, sonst wird es nur nutzlos und werden von aller Welt ausgehöhelt. Man darf die Dinge nicht so ansehen, wie man sie gerne haben möchte, sondern wie sie sind.

Darum soll unser Wahlsinn heißen „Deutsch“, also keine Herrschaft Fremdenherrscher; er heiße ferner: „National“, also eine starke, freie, einheitliche Nation. Er heiße „Volkspartei“, also Herrschaft des gesamten Volkes, keine Diktatur von unten noch von oben.

Jede Stimme tut not. Die neue Verfassungsmacht verleiht auch Widerständigen Aussicht auf Rettung. Keiner darf sich zur Wahl nicht kommen. Organisiert Euch, werbt unter Euren Kameraden und tretet gesammelt ein für die

Zeitler Vieh-Versicherungs-Verein

(Gegründet 1860).

Vericherungssumme: 5 473 435 M.
 Gebalite Verluste: 3 866 103 M.
 Sicherheitskapital: 167 357 M.

Der Vorstand des Vereins hat die Verluste im IV. Vierteljahr 1918 nach eingehender Prüfung wie folgt anerkannt:

- bei Pferden 64 818,— M.
- bei Rindern 26 030,— M.
- bei Schweinen 15 138,— M.

Zur Deckung dieser Verluste ist die Einziehung eines Beitrages von 2 Pf. für Versicherungs-Mark bei Pferden, 2 Pf. für Versicherungs-Mark bei Rindern, 4 Pf. für Versicherungs-Mark bei Schweinen beschlossen.

Die Mitglieder werden zur Zahlung dieser Beiträge innerhalb 14 Tagen veranlaßt.

Die Verluste des letzten Vierteljahres betragen sowohl bei Pferden als auch bei Rindern ungefähr das 5 fache normaler Zeiten. Diese großen Verluste haben uns gezwungen einen höheren Satz für die Beitragsleistungen festzusetzen und außerdem zur Erzielung des Gleichgewichts des Sicherheitskapital mit einem sehr hohen Betrag heranzuziehen.

Wir hoffen, daß mit der Besserung der landw. Verhältnisse im laufenden Vierteljahr auch die gesundheitsliche Zustände unter unsen Mitgliedern sich heben werden. Unsere Mitglieder aber bitten wir, durch mögliche Pflege ihrer Tiere zur Minderung der Schäden beizutragen.

Einträge auf Neuversicherungen von Pferden, Rindern, Ziegen und Schweinen werden unter den günstigsten Bedingungen von der unterzeichneten Direktion und den bekannten Vertretern jederzeit gern entgegengenommen und je hierzu gewöhnliche Auskunft erteilt.

Zeitl., den 15. Januar 1919.
 Zeitler Vieh-Versicherungs-Verein
 Der Direktor Bauer.

Deutsche Männer u. Frauen

Wählt Deutschnational!
Wählt die Liste Posadowsky Seibke!

Gemüseland.

Alle Mitglieder (8 M.) sind im Januar an Herrn B. Zimmermann zu zahlen.
 Der Verein für Obst- und Gemüsebau.

Achtung.
 Hierdurch zur Kenntnis, dass ich mich vom heutigen Tage an bei Fr. Zschoch Steinweg Nr. 2, als Putzmacher selbstständig gemacht habe.

Alte Hüte werden umgearbeitet und chic garniert, sowie auch Trauerhüte, Kinderhüte und Mützen.
 Ich bitte mich gefälligst zu unterstützen und sichere prompte und reelle Bedienung zu.

Hochachtungsvoll
Frieda Stawitzke.
 zuletzt bei der Firma E. Schieke

Gasthof Schortau

Arb.-Turn-Verein-Schortau.
 Sonntag, d. 19. Januar von 4 Uhr an

BALL

Hierzu ladet freundlich ein
Der Dir., Der Vorstand.
 Von Donnerstag ab

Sauerbraten

E. Schirmer.
 Einen

Lehrling

Sucht Osten
Dugo Hartisch,
 Schmiedemeister.

Aufwartung

sofort gesucht.
 Zu erfragen in der Expedition des Blattes.

Kinderwagen

zu verkaufen.
 Grüner Weg 5.

Eine Fabre Dünger

gegen Stroh hat abzugeben.
Weißenfelsstr. 8a.

Hund

Am Sonntag abend ist ein
 (farblos) Rüden schwarz, sonst weiß geschnitten zu verkaufen.
 Abzuholen bei Franz Böhm
 Neumarktstr. 8.

Achtung!

Junger Mann, hässliche Erscheinung, im Alter von 27 Jahren, Geschlechtstreu und verständig, wünscht Kontakt mit einer jungen Witwe mit gutem Charakter und fabelhaftem Ruf und etwas Vermögen

zweites Heirat

lernen zu lernen. Nur ernstgemeinte Offerten mit Bild, welches juristisch gesandt wird, erbeten unter Nr. 25 an die Exped. des Blattes.

Leute zum Bohren

auf Grube Oltro stellt ein
 Otto Böttcher
 Schützenstraße.

Die Deutsche demokratische Partei fordert die Aufrechterhaltung der Reichseinheit und die Beilegung der Kleinstaaterei.

Handwagen

steht zu verkaufen
Rumhals, Nr. 1.
 Schönes großes

Wohnhaus

mit besseren Wohnungen (Beamtenwohnungen) in Teuchern veränderungshalber zu verkaufen.
 Auskunft erteilt die Exped. des Bl.

Die Deutsche demokratische Partei hat die von der Deutschnationalen Volkspartei angebotene Verbindung der Wahlen für die Nationalversammlung abgelehnt.

Die Herbeiführung einer gemeinsamen Front des Vortages gegen die Sozialdemokratie ist also an dem Widerstand der Deutschen demokratischen Partei gescheitert.

Bürger und Bauern zieht daraus eure Schlüsse. Gebt am 19. Januar eure Stimme der Deutschnationalen Volkspartei
 deren Wahlzettel mit dem Namen **Posadowsky** beginnt.

Nachruf.

Nach der Rückkehr in die Heimat gedenken wir unserer lieben Gesellschaftsmitglieder, denen es nicht vergönnt ist zu ihren Lieben zurückzukehren

Unteroffizier d. Res. Willy Brauer

gefallen am 17. Juni 1917

Jäger Otto Regestein

gefallen am 12. Oktober 1917

Gefreiter Otto Junge

als vermisst gemeldet

Die Erinnerung an unsere Kameraden wird in uns nie verlöschen.

Gesellschaft „Borussia“ Krössuln.

Deutschnationale Volkspartei

- Die Kandidaten der Deutschnationalen Volkspartei heißen:**
- 1) Staatsminister Arthur Graf Poladowsky-Wehner in Naumburg a. S.
 - 2) Landwirt Richard Seibke in Burkeroda, Kreis Eckartsberga.
 - 3) Sozialsekretär Dr. phil. Wilhelm Carlsson in Halle a.S.
 - 4) Billahauerin Ellabard Roediger-Waechter in Halle a.S.
 - 5) Pfarrer D. Robert Palche in Dieskau, Saalkreis
 - 6) Telegraphenbauhelfer Franz Buhlmann in Gisleben
 - 7) Schuhmacher-Obermeister Bernhard Jandt i. Halle a. S.
 - 8) Lehrer Fritz Krulekopp, in Lettin a.S.
 - 9) Prakt. Arzt Dr. med. Otto Stanze in Rieftelt, Kreis Sangerhausen.

Theater in Teuchern

Gasthof zum Löwen

Donnerstag, den 16. Januar 1919
 Gastspiel der Weimarer Kreisberggesellschaft (Direktion Fritz Egner und Schmidt) verbunden mit einem einmaligen **Gastspiel des sächsischen Hofkapellmeisters Herrn Rudolf Portal**
 vom ehemaligen Hoftheater Altenburg
 Sudermann-Abend

„Heimat“

Schauspiel in 4 Akten von H. Sudermann
 Auffang 8 Uhr
 Nähere Befolge die Tageszettel
 Die Direktion.

Donnerstag den 16. d. Mts. Versammlung

in Billhardt's Conditorie
 Anfang Abends 7, 8 Uhr
 1. Mitgl. Aufnahme
 2. Einladungsfrage.
 Zahlreiches Erscheinen von Damen und Herren erwünscht.

Der Vorstand.

Dank.
 Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben unvergesslichen Frau, unserer herzensguten Mutter-, Schwieger- und Grossmutter-, Schwester-, Schwägerin und Tante Frau

Minna Jagemann geb. Planert

ist es uns ein Herzensbedürfnis, allen denen, welche ihren Sarg so liberans reich mit Blumen schmückten, und ihr das letzte Ehrengelieb gaben, herzlichst zu danken. Dank auch Herrn Kantor Gröschel und der lieben Schlingend für die erhabenden Gesänge. Dir aber liebe Mutter, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in deine kühle Gruft nach.

Karl Jagemann nebst Kindern und Verwandten.
 Gröben, den 13. Januar 1919
 Naundorf, Mannheim, Zeddenbach, Teuchern, Trebnitz, Zeitz, Theissen.

Der Lage

Die Lebensmittelversorgung Europas

Washington, 18. Jan. Wilson überlag dem Kongress eine Vorklage, in der er um Bewilligung der 100 Mill. Dollars für die Milderung der Hungersnot Europas drängt...

Die Entlohnung.

Berlin, 14. Jan. Die planmäßige Entlohnung hat heute früh 7 Uhr 30 begonnen. Man ist bis zum Verbandsabschluss, und den dortigen Bräutigamsberatern über den Verbindungsabschluss gleichfalls befehligt...

Ergebnisse der bayerischen Landtagswahlen

München 14. Jan. Bis gestern abend 8 Uhr lagen von 191 rechtsrheinischen Bezirksverwaltungsbehörden die einstimmigen Ergebnisse der Wahlen zum bayerischen Landtag für 177 Bezirksverwaltungsbezirke vor...

Städten, z. B. Augsburg, Fürth, Würzburg, überhaupt noch nicht vor, so daß sich die Gewerbetreibenden noch verschieben können. In der Annahme, daß die noch ausstehenden Resultate das Stimmverhältnis der einzelnen Parteien zueinander nicht erheblich verändern, dürften als Ergebnis...

Der Berliner Hochbahnbetrieb eingestellt.

Berlin, 14. Jan. Nach Auskunft der Direktion der Berliner Hoch- und Untergrundbahn haben deren Angestellte wegen Nichtbilligung ihrer überhöhten Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt.

Berliner Spartakisten in Regensburg festgenommen.

München, 14. Jan. In Regensburg wurde gestern der Berliner Vormittagszug durch Postkutsche vor der Stadt gestellt. 150 sächsische Spartakisten wurden hierauf das Meiste 25 verdächtige ausstehende Menschen aus dem Zuge wurden nach der Gerichts- im Bahnhof nach geföhrt.

Berlin, 10. Januar. Preisermeldungen zufolge sollen in Darmstadt in den letzten Tagen 15 Wagen mit amerikanischen Lebensmitteln eingetroffen sein.

Witten, 12. Jan. Überbürgermeister Dr. Kätz beklammte eine ihm bewilligte Teuerungsbillage von 1000 M. zu Zweck der Unterstützung nothleidender in Not gerathener städtischer Arbeiter und Anarbeitenden.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leuchera, den 15. Januar. (Stiftung) Zum Bau des geplanten Hofplatzes (Jugendheim, Kinderheim) in Schweinfurt (Hofplatz) wurden der Stadt Leuchera von den A. Reichel'schen Unternehmern 40,000 M. überwiesen.

Vom 16.-18. Jan. einseitig wird die Annahme sämtlicher Prädikatsträger geübt; milde Lebensmittelvermögen werden auf den Eigenverkehr verweisen.

Theater in Leuchera - Hofplatz zum Löwen Weimarer Hofplatz Gesellschaft, Direktion Epner und Schmidt. Donnerstags, den 16. Januar findet das nächste Hofplatz der beliebten Direction statt. Es ist der Direction gelungen zu diesem Hofplatz Herrn Hofplatzspieler Rudolf Bortol als Gast zu gewinnen.

München, a. S. 12. Jan. In Leipzig wurden durch Kurzsicht des elektrischen Stromes dem Landwirt Teufel 4 Kühe, 1 Kärre und verschiedene Küder getödtet.

Leipzig, 13. Jan. Heute ist hier eine Kommission englischer Offiziere eingetroffen, um die Ernährungslage der Stadt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Anruf!

Die Lage der Ostfront wird täglich ernster und erfor-ert dringend Hilfe!

Freiwillige

für die Ostarmee, - noch in Feindesland - oder zum Grenzschutz Ost - an der Reichsgrenze - melden sich bei den

Verheerungen: (Garnisonkommandos):

Magdeburg, Halle a. S., Stendal und Torgau,

die nähere Auskunft erteilen.

Unmittelbare Meldungen bei Dst. Off. A. D. R. 10, Generalkommando oder anderen Dienststellen und zwecklos und werden nicht berücksichtigt.

Bedingungen:

- 1. In Betracht kommen Angehörige aller Jahrgänge - außer Jahrgänge 98 und 99 - soweit sie gebiet haben, mit der Waffe ausgebildet und militärisch für tauglich befunden worden sind. Jahrgänge 98 und 99 können nur bei der Ostarmee Verwendung finden und nur, wenn der Betreffende bereits 2 Jahre geübt hat.
2. Jeder Freiwillige verpflichtet sich für ein Verbleiben im Heere mit einmonatiger Kündigungsfrist bei 14tägiger Probezeit.
3. Während der Dienstzeit gilt der Freiwillige im Sinne der Militärverordnungsgehalte als vorübergehend zum aktiven Militärdienst eingezogen.
Ansprüche auf Familienunterstützung und Auswärtensschädigung laufen weiter und werden neu begründet
Für Invaliden- und Altersversicherung rechnet die Dienstzeit als Dienst im aktiven Heere.
4. Nach 3 Monaten Dienstzeit Anspruch auf 14 Tage Urlaub.
5. Verpflegung bei den Formationen in Feldpositionen; im übrigen Einheitsverpflegungssatz von 600 gr Brot täglich, 600 gr Fleisch und 60 gr Fett wöchentlich.

6. Gehältnisse:

1. Offiziere und Beamte.

- a) Außerhalb des Reiches: mobile Gehältnisse;
b) innerhalb des Reiches:
Verordnung gemäß Erlass vom 27. November 1918 (A. V. M. S. 651 ff.) und vom 6. Dezember 1918 (A. V. M. S. 712/13), ferner (ausgenommen Angehörige höherer Stände) freie Verpflegung ohne Port aus Truppenküchen, diese bei Unterbringung in einem Friedensstandorte jedoch nur dann, wenn die Dienstfähigkeit außerhalb dieses Ortes am Tage ununterbrochen länger als 5 Stunden dauert.
Selbstschädigung für Selbstbefähigung wird nicht gewährt.

2. Unteroffiziere und Mannschaften.

- a) Mobile Wohnung nach den Dienstgraden, mindestens 30 M. monatlich und mobile Verpflegung;
b) Zulagen:
in der Heimat im Westen 4 M.,
in der Heimat im Osten 6 M. täglich,
außerhalb des Reiches 5 M. täglich, außerdem eine Treuprämie (monatlich nachträglich) für den ersten Monat 30 M.,
für jeden weiteren Monat steigen um 5 M. bis zum Höchstfusse von 50 Mark.

Bei endgültiger Entlassung erhält der Freiwillige:

- 50 M. Entlassungsgeld,
15 M. Marschgeld,
1 Entlassungsanzug

nach Maßgabe der Bestimmungen des Erlasses vom 16. November 1918 - Nr. 817/11. 18 C Ib -, insoweit ihm diese Abfindung nicht bereits bei einer früheren Entlassung zuteil geworden ist.

Von Seiten des Generalkommandos.

Der Chef des Gen.-Stabes,
v. dem Hagen,
Oberstleutnant.

Der Soldatenrat.

S ö t j.

Die Kandidaten der deutschen demokratischen Partei sind:

- 1. Delius Carl, Postsekretär in Halle.
2. Koch William, Landwirt in Unterfarnstedt.
3. Blankenburg Will, Dr. Doct. Lehrer in Zeitz.
4. Gofche Agnes, Frl. Dr. in Halle.
5. Wolfgang August, Fleischermeister in Halle.
6. Kessler Friedrich, Gewerkschaftssekretär in Wittenberg.
7. Schleese Menatus, Mittelschullehrer in Wittenberg.
8. Leh Reinhold, Handlungsgehilfe in Wiesa.
9. Barow Katharina, Frl., Zugschulgeherin in Merseburg.

Ein Bohemstr.

wird sofort gesucht. Näheres bei A. Lesmann Schützenstr. 26.

Dienstmädchen

nicht unter 16 Jahren sofort oder 1. Februar in gute Stellung gesucht Frau Maria Holstein, Weichenfels, Schützenstr. 5.

Betrifft: Abwendung der Wahlformulare sowie Ernennung und Ladung des Wahlvorstandes zur Reichswahl.

Ich bringe hiermit zur Kenntnis der Herrschaftsbesitzer aus dem platten Lande des hiesigen Kreises, daß die Wahlformulare zur Reichswahl am 19. ds. Mts. mittels Einschreibepaketes heute hier zur Post gegeben worden sind. Ich ersuche die Sendung nach Eingang sofort zu öffnen und ihren Inhalt, insbesondere die Zahl der Wahlzettelmuscheln genau festzustellen.

Nach § 8 Abs. 2 und 3 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (R. G. Bl. S. 1845) ernannt der Wahlvorsteher aus dem Wahlberechtigten des Stimmbezirks § 6 bis 6 Äußerer und einen Schriftführer, Wahlvorsteher, Beisitzer und Schriftführer bilden den Wahlvorstand. Gemäß § 32 der Wahlordnung vom 30. November 1918 (R. G. Bl. S. 1858) hat der Wahlvorsteher die Mitglieder des Wahlvorstandes spätestens am 5. Tage vor dem Wahltage, als spätestens am Donnerstag, den 16. Januar ds. Js., einzuladen, bei Beginn der Wahlhandlung zur Bildung des Wahlvorstandes im Wahlraum zu erscheinen. Die Herren Wahlvorsteher ersuche ich, die Ernennung und Einladung der Mitglieder des Wahlvorstandes rechtzeitig zu bewirken. Die Belege über die Einladung des Schriftführers und der Beisitzer zur Wahlhandlung müssen dem Wahprotokolle beigelegt werden. Ich mache hierbei noch darauf aufmerksam, daß, nachdem die Frauen aktiv und passiv wahlberechtigt sind, sie auch befragt sind, als Beisitzer oder Schriftführer in dem Wahlvorstande tätig zu werden.

Weitere Anweisung über Einrichtung und Ausstattung des Wahlraumes sowie über das Wahlverfahren v. ergibt nach.

Weichenfels, den 13. Januar 1919. Der Landrat. H a r t e l s

Es ist uns verschiedentlich berichtet, daß einzelne Kreise in der Provinz beabsichtigen, die bestehenden Bestimmungen, besonders den zwangsweisen Anschließ molerscheiter Rathhaltungen an Molterscheier aufzuheben, oder aber auch entgegen den von der Provinzialstelle erlassenen Verfügungen höhere Forderungen, als für das Provinzgebiet oder für die Lieberichtsverbände zugelassen, zu verteilten.

Wie von den Zentralstellen in Berlin bereits mehrfach in der Presse bekanntgemacht, haben derartige Eingriffe örtlicher Stellen unter allen Umständen zu unterbleiben, andererseits ist mit den nicht aufhaltenden Zusammenbruch der Forderung und vor allen Dingen der Molerscheier der Stille unserer Provinz und auch der beiden Nachbarstädte Berlin und Leipzig zu rechnen. Bevor nicht grundsätzliche Änderungen getroffen werden, hat es daher bei allen bis jetzt angeordneten Maßnahmen zu verbleiben. Beschwerden über etwaige Mißstände sind unter eingehender Darlegung der Verhältnisse an die unterzeichneten Dienststellen zu richten.

Magdeburg, den 2. Dezember 1918. Arbeiter und Soldatenrat Die Provinzialstelle Provinziallebensmittelstelle Verwaltungsbekanntmachung. Paul Hoffmann. A. Beckmann. S. B. Hartog.

Vorliegende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentl. Kenntnis gebracht. Weichenfels, den 6. Dezember 1919. Der Arbeiter- und Soldatenrat. Rablkeith. Der Landrat. Bartels

Wer wahre nationale Freiheit will, Wer die christliche Religion und die Kirche erhalten will, Wer das Privateigentum schützen will, weil es die Grundlage jedes kulturellen Fortschritts ist, Wer seinen Kindern deutsches Familienleben und deutschen Familienstamm bewahren will, ber gebe am 19. Januar seine Stimme der Deutschenationalen Volkspartei

Wählt deutsch=demokratisch!

Liste Delius, Koch.

Deutsche Frauen!

Sich rüst die Deutschnationale Volkspartei.

Deutsch:

Denken und forschen der Wahrheit zu Ehren, Tieren und Schaffen der Erde zu Liebe, Schönen und schirmen Heimat und Herd, Mähen und hoffen auf bessere Zeiten, Trübnis vertrauen dem ewigen Meiter, Niemand fürchten als Gott in der Welt.

National:

Eigener Art, und eigenem Wesen Stetig getreu sein, nicht Fremden nachjagen, Kinder erziehen als Hüter der Ehre, Die unfremde Kolde als Erbe vertraut, Heimische Sitten getreulich behaupten, Fremdes wohl schätzen, nie kläuflich nachahmen, Treue halten dem eigenen Volk.

Volkspartei:

Alle für einen, einer für alle, Männer und Frauen, Bürger und Bauern, Reich und Arme zum Werke vereint, Schulter an Schulter wirken und Schaffen, Jeder am Plage, den Gott ihm gegeben, Deutschland zu retten empor zum Licht.

Es gibt keine Partei der Frauen!

Es gibt nur eine Partei des deutschen Volkes!

Das ist die

Deutschnationale Volkspartei!

Die deutsche demokratische Partei

fordert an Stelle des bürokratischen Obrigkeitsstaates den Aufbau eines freien Volksstaates auf demokratischer Grundlage. Demokratie ist nicht Herrschaft einer Volksfraktion, sondern die Herrschaft der verantwortungsbereiten Mehrheit des Volkes.

Demokratie bedeutet, daß alle Stände und Berufsordnungen gegenüber allen Staatsbürgern auf gleiche Weise angeführt werden.

Demokratie bedeutet, daß alle männlichen und weiblichen Staatsbürger gleiches Recht haben sollen, ohne Unterschied des Standes, Vermögens und des Berufes.

verlangt entschlossene und freudige Durchführung des sozialen Gedankens innerhalb der bestehenden freien Wirtschaftsordnung.

erstrebt die Förderung der gemeinnütigen und häuslichen Mittelschichten. Der rechtliche Wandel ist zur rationalen Güterverteilung unentbehrlich.

fordert ein gesetzliches Beamtenrecht und ein durchgehendes Verdienstsystem. Volla Staatsbürgerliche Freiheit der Beamten und Ämter, nicht der Tätigkeit, Schutz der Gehälter und Pensionen des Beamten, Geistlichen, Kapitulanten und Offiziere.

erblickt in einem selbständigen, freien Bauernstand die Quelle rationeller Volkskraft. Daher innere Kolonisation, Befähigung der Erde kommisch durch zweckmäßige Anstellung an Bauern und Ansiedler.

verlangt gründliche Umgestaltung des Diplomatendienstes, eine auswärtige Politik, die gerungen ist vom Geiste dauerhaften Friedens, Deutschlands Stellung in der Welt sichert und der

Wiederkehr des Völkermordes vorbeugt.

fordert den Wiederaufbau des einigen deutschen Vaterlandes.

in freiheitlichem Geiste zu wirtschaftlicher und kultureller Größe.

Die deutsche demokratische Partei

Darum wählt die Kandidaten der deutschen demokratischen Partei!

1. Delius, Carl, Reichsleiter in Halle.
2. Koch, William, Landwirt in Untergarnsb. B.
3. Wankenburg, Willf. Dr. Oberlehrer in Zeitz.
4. Wölke, August, Frl. Dr. in Halle.
5. Wagnel, August, Reichsmeister in Halle.

6. Reubler, Friedr., Gemeindeführer in Bitterfeld.
7. Schiele, Konrad, Metallarbeiter in Wittenberg.
8. Sch, Reinhold, Handlungsgeselle in Biebra.
9. Barow, Kathar., Frl., Jugendpflegerin in Wernburg.

Bekanntmachung.

Die für die Zeit vom 25. November 1918 bis 19. 1. 1919 ausgegebenen neuen Brotmarken mit rot aufgedrucktem A verlieren am 19. Januar 1919 ihre Gültigkeit. Nach diesem Tage dürfen die Bäder und Weßhändler diese Brotmarken nicht mehr annehmen.

Die Bäder und Weßhändler haben diese Marken bis spätestens Donnerstag den 28. Januar 1919 bei der Stadte- und Weßhändlerabteilung abzugeben. Nach diesem Tage wird für diese Marken kein Weß mehr geliefert.

Weißenfels, den 14. Januar 1919.
Der Vorsitzende des Kreisamtes J. A. Dr. Hoff.

Verkaufe sofort

— so lange Vorrat reicht —
Speisezimmer von 1950 Mk.
Schloßzimmer „ 980
Küche nebst „ 895“

Verkauft nach alten Fabrikpreisen.

Möbelhaus Große, Zeitzig.
Sieb 197, St., Ede, Mühlbergstr.

Am Grund der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung vom 21. Dezember 1918 wird für den Bezirk der Stadtgemeinde und den Wahlkreis Teilnehmern die Abgrenzung der Wahlbezirke die Benennung der Wahlkreise und Stellvertreter sowie die Bestimmung der Wahllokale in folgender Weise vorgenommen:

1. Wahlbezirk.
Umfang des Bezirks: Bahnhofsstraße 1-18, 25, 26, 19. Weinbergstraße 1-7, Poststraße 1-19, Güterweg 1-7, Weisenfelderstraße 1-15, Naumburgerstraße 1-14.
Wahlvorsteher: Kaufmann Emil Zimmermann, Stellvertreter: Rechtsanwalt Alfred Wäppler, beide hier.
Wahllokal: Reichshofische Schankwirtschaft, Grüner Weg 1.

2. Wahlbezirk.
Umfang des Bezirks: Verbindungsstraße 1-6, Hohe Straße 1-5, Regauerstraße 1-16, Bürgerstraße 1-15. Bei nach Köpflin 1, Weg nach Weischen 1-10, Ockerstraße 1-18, sowie Gutsbezirk Leuehen.
Wahlvorsteher: Schankwirt Emil Angermann, Stellvertreter Steiger Gustav Müller, beide hier.
Wahllokal: Angermann'sche Schankwirtschaft, Regauerstraße 1.

3. Wahlbezirk.
Umfang des Bezirks: Markt 1-21, Oberstraße 16, Schortauerstraße 1-10, Siemweg 1-10, Haberstraße 1-7, Bahnhofsstraße 19-24a, 27 und 28, Weg nach Untera 1-4.
Wahlvorsteher: Oberpostassistent Adolf Reich, Stellvertreter: Lehrer Gustav Fischer, beide hier.
Wahllokal: Gasthof zu Eichen Markt 3.

4. Wahlbezirk.
Umfang des Bezirks: Schützenstraße 1-25, Dammstraße 1-12, Untere Straße 1-28.
Wahlvorsteher: Bergarbeiter Otto Knobloch, Stellvertreter: Maschinenführer Richard Angen, beide hier.
Wahllokal: Schenk'sche Schankwirtschaft, Untere Berge 18.

5. Wahlbezirk.
Umfang des Bezirks: Untere Berge 29-33, Zeigerstraße 1-41
Wahlvorsteher: Lehrer Eise, Stellvertreter: Reinhold Hoffmann, beide hier.
Wahllokal: Bahnhof zum grünen Baum, Zeigerstraße 30.
Zeitz, den 13. Januar 1919.

Der Magistrat.
Vorstehend: Bezirksabteilung wird mit den Bemerkungen zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung am Sonntag den 26. Januar 1919 stattfinden. Die Wahlhandlung beginnt um 8 Uhr vormittags und endet um 8 Uhr nachmittags.
Zeitz, den 14. Januar 1919.
Der Magistrat, Zimmermann.

Was wollen die Parteien?

1. Deutschnationale Volkspartei.

Diese Partei, zu der sich die alten Konservativen und die Sozialisten (in einschüchtern der Arbeiter und Bauern) bekennen, stellt sich nicht auf den Boden der demokratischen Republik. Streben der Liberalen um die groß-arbeiterlichen Arbeiter holt sie fast am alten Obrigkeitsstaat. In sozialistischer Richtung wird diese Partei wie bisher so auch künftig die Interessen des Großgrundbesitzes vertreten. Sie arbeitet öffentlich stark mit nationalen Schlagworten, die ihren selbständigen Charakter verdecken sollen, im geheimen hauptsächlich mit Verbindungen, für die sie jedoch keinen Beweis zu erbringen vermag.

2. Deutsche demokratische Partei.

Sie will den freien, demokratisch regierten deutschen Volksstaat herbeiführen, in dem allein der Wille der Mehrheit des deutschen Volkes maßgebend sein wird. Demgemäß richtet sie sich ebenso gegen den alten Klassenstaat wie gegen die jetzt vorhandene Kleinrentschafft des Proletariats. Diesem will sie die Möglichkeit des Aufstiegs in jeder Weise erleichtern. Aber sie will nicht die die Gleichmacherei und wirtschaftliche Gleichstellung aller, wie sie vom Sozialismus bewirkt wird. Der Reiche und Mächtige soll vorwärts kommen. Nur dann kann sich das deutsche Volk seine Stellung unter den Kulturvölkern allmählich wieder erobern.

3. Sozialdemokr. Partei Deutschlands (Mehrheitssozialisten)

Das Ziel dieser Partei ist die allmähliche Sozialisierung aller Betriebe. Der hiermit verbundenen wirtschaftliche Zusammenbruch und die Verarmung Deutschlands würden auch durch ein Schrittweises Vorgehen nie es die Mehrheitssozialisten im Gegensatz zu den Unabhängigen wünschenswert vermeiden. Die Mehrheitssozialisten sind jetzt in der Regierung, haben sich aber als regierungsunfähig erwiesen, da sie weder die Sorgen des deutschen Volkes noch aufpassen zu können, noch für Ruhe und Ordnung im Innern zu sorgen vermögen.

4. Unabh. Sozialdemokr. Partei Deutschlands.

Sie erstrebt die internationale Einigkeit des Proletariats und will die Verwirklichung der Weltrevolution durchsetzen. Die Folge wird der sofortige wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands, im Zusammenhang damit eine entsprechende Arbeitslosigkeit mit ihren für Staat und Volk verheerenden Wirkungen.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend.



Anzeigerpreis: Die fünfgepagelte Korpusseite 15 Pf.

Abgabeannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Beierstraße 10 bis 12, spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erhebt wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,00 RM. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 RM und durch den Briefträger 1,74 RM.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Beierstraße 10, auch von unseren Boten und allen Kaiserl. Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 7.

Donnerstag, den 16. Januar 1919.

58. Jahrgang.

Zur Lage.

Der Sturz der Spartakisten.

Die Gewaltherrschaft der Spartakisten, unter der Berlin eine Woche lang zu leiden hatte, ist gebrochen, die letzten Wirren des Aufstands sind gefallen und die Bewohner der Reichshauptstadt können wieder ihren Geschäften nachgehen, ohne beständig aufpassen zu müssen auf den Straßen oder in ihren Geschäften erschossen zu werden. Allerdings magt man sich darauf gefaßt, daß verurteilte Elemente noch hier und da lokale Ausschüsse veranlassen werden.

Den Umsturz in der Widerstandskraft der Spartakisten brachte die Enttarnung des „Ravennas“. Die Nachricht davon verbreitete sich bald bei den Befehlshabern der anderen noch gehaltenen Truppen und ließ deren Widerstandskraft erlahmen. So fielen nach einander die Verlagsdirektoren Wiese und Büchel, das Polizeipräsidium, die Bismarck-Bräuerei und zuletzt der Schlüsselbahnhof in die Hände der Regierungstruppen. Der Sturm auf diese Gebäude war von dem Führer der Regierungstruppen sehr sorgsam vorbereitet worden und sollte sie daher nur wenige Opfer, während die Befehlshaber verhältnismäßig zahlreiche Tote und Verwundete hatten. Am schwersten war die Überbrückung des großen Polizeipräsidiums, die von dem Untergrundbahnchef Alexanderplatz aus durch Überbrückung gelang.

Den Regierungstruppen sind etwa 1000 Gefangene in die Hände gefallen, die teilweise nur mühsam vor der Wut der Bevölkerung geschützt werden konnten. Die Nachricht, daß sie bereits vor ein Zuchthaus gestellt worden seien, besänftigt sie nicht. Sie sind einmühsam in Kasernen untergebracht und werden als strafeingangsbehandelt. Unter ihnen befinden sich auch zahlreiche Frauen.

Am Sonntag mittag demonstrierten die Mehrheitsparteien und die Demokraten in zahlreichen Versammlungen für Ruhe und Ordnung. Auch die Christliche Volkspartei und die deutsch-nationale Volkspartei hielten Versammlungen ab.

Notiz über Berlin und den Osten.

Als ein Trupp Demokraten vor dem Reichstagsgebäude erschien, um der Regierung und den Truppen für ihr tatkräftiges Eingreifen zu danken, hielt der Oberkommandierende Ostle folgende Ansprache:

„Im Namen der Reichsregierung danke ich Ihnen dafür, daß Sie hierher gekommen sind, um den Fronttruppen und uns Dank zu sagen für das, was wir in den letzten Stunden leisten mußten. Glauben Sie mir, es ist mir als Oberkommandant nicht leicht zu werden, die Truppen in den Straßen Berlins zu führen. Waren die Soldaten doch verarmt worden, um nach dem bedrohten Osten abzugehen. Aber der Aufruhr, der sich in den Straßen Berlins breit gemacht hatte, zwang uns zu unserem Vorgehen. Es ist nicht möglich, an den Grenzen Ordnung zu schaffen, wenn in Berlin, in der Mitte des Reiches, Gewalt vor sich geht.“

Ich gebe Ihnen die feste Versicherung, daß schon in den nächsten Tagen in Berlin die Ruhe und Ordnung hergestellt wird, die wir in Berlin geübt sind und die allein eines geordneten Staatswesens würdig ist. Ich werde dann den allergrößten Teil der Truppen aus Berlin entfernen und sie ihrer ursprünglichen Bestimmung zuführen. Allerdings werde ich hier in Berlin diejenigen Truppenmengen zurückhalten, die erforderlich sind, um die heute in acht Tagen statt findenden

Wahlen zur Nationalversammlung sicherzustellen und ordnungsgemäß durchzuführen. Seiten Sie versichert, die Reichsregierung hat keinen Augenblick vergessen, was sie den deutschen Brüdern in dem deutschen Lande im Osten schuldig ist. Sie hat alles getan, um jene fortan sicher und dauernd vor polnischer Willkür zu schützen. Deutsches Land und deutsche Bürger im Osten dürfen die feste Zuversicht hegen, daß im Osten deutsch bleiben wird, was deutsch ist.“

Die letzten Sanktionen.

Sonntag mittag hatte sich ein schreckliches Erdstößen unter den Linden ereignet, als plötzlich die Zugänge nach beiden Seiten der Friedrichstraße abgesperrt und die Posten ihre Gewehre schußfertig machten. Das Publikum wurde zurückgedrängt; schon hunderttausend Schritte und alles suchte in den Häusern und öffentlichen Gebäuden Zuflucht. In kurzen Intervallen dröhnten die Gewehrschüsse, hellen die Maschinengewehre, Spartakisten schossen von den Dächern der Friedrichstraße und der Querstraßen, wo sie sich eingeklinkt hatten. Die Friedrichstraße von der Dönhofsstraße bis zur Weidenbaumbrücke lag unter dem Feuer und konnte nur mit Lebensgefahr betreten werden. Die Zugänge zum Zeugnisviertel wurden im Osten durch die Gewehrschüsse gesperrt. Nur Leute, die sich als Unbeteiligte ausweisen konnten, fanden Durchlaß durch die Postenlinien.

am Abend über das Schießen auf, die letzten Spartakisten waren offenbar gerädert worden.

Waffen gefächelt.

Eichhorn und seine Leute sind mit Gad und Gad aus der Bismarck-Bräuerei geflüchtet. Ihre erlangten Material und die Waffen haben sie auf Offiziers- und Wägelwagen mit sich geführt. Wohin die letzten Mannen Eichhorns sich begeben haben, ist bis zur Stunde noch nicht festgesetzt.

Eichhorn selbst hat sich vor einigen Tagen einen Heisepoß nach Ränematt ausgeschildert und den dänischen Sichtvermerk eingeholt.

Entschaffung der Waffen.

Nach einer Verfügung der Reichsregierung ist es jedem Zivilisten, der nicht im Besitze einer von der Regierung ausgegebenen Waffe ist, verboten, irgendwelche Waffen bei sich zu führen.

Die Truppen haben bereits im Laufe der Nacht damit begonnen, allen verdächtigen Elementen die Waffen abzunehmen.

Der Eisenbahnbetrieb.



Wiedereröffnete Polizeipräsidium Richter, nachdem er im Berliner Polizeipräsidium die Ordnung einigermaßen wiederhergestellt hat, sojort die dort befindlichen und die erreichbaren Schlüssel mit Karabinern bewaffnen lassen. Im Laufe des Tages wird die gesamte Berliner Schutzmannschaft ihre Waffen wiedererhalten.

Spartakisten im Reich.

In Spandau haben Regierungstruppen die Ruhe völlig wiederhergestellt. Im Verlaufe der letzten Nacht hat sich nichts Wichtiges mehr ereignet.

In Halle demonstrierten Regierungstruppen durch die Stadt. Dabei kam es zu einem Konflikt mit Matrosen. Angeblich war aus einem Hause in der Wagdeburger Straße geschossen worden. Das Haus wurde mit Handgranaten gekürrt. Dann wurde zwischen den Matrosen und Unabhängigen und den Regierungstruppen verhandelt. Nach mehrstündigen Verhandlungen kam eine Einigung zustande. Bei den Zusammenstößen gab es zwei Tote und mehrere Verwundete.

Die Spartakisten in Duisburg verübten einen Gewaltstreik zu unternehmen. Spartakusanhänger zogen vor das Gebäude der mehrheitssozialistischen „Volkstimme“. Es entzündete sich hier ein Feuer, jedoch ließ es sich nicht löschen, worauf das Feuer eröffnet hat. Die Spartakisten griffen das Gebäude mit Handgranaten an. Die bedeutend verstärkte Sicherheitswache antwortete mit Gewehren und Maschinengewehren. Die Verluste der Spartakusbündler werden auf 6-10 Verwundete und Tote geschätzt. Unter ihnen befindet sich eine Frau. Die Sicherheitsmannschaften haben 3 Verwundete zu befragen. Die Spartakisten mußten das Feld räumen.

Die Wahlen in Württemberg.

Bei der Wahl zur verfassungsgebenden Landesversammlung haben von 1.445.580 Wahlberechtigten 1.316.068 Stimmen abgegeben. Gefolgt davon waren 1.313.326 Stimmgeltel, unglücklich 2740. Es entfallen auf:

Unabhängige sozialdemokratische Partei 40.622, Zentrum 273.192, Bauernbund 75.756, Weingärtnerbund und kleine Landwirte 95.255, Landwirte Oberschwabens 5743, Deutsche demokratische Partei 328.555, sozialdemokratische Partei Württembergs 452.450, die Deutsche Friedenspartei 4027 und Württembergische Bürgerpartei 97.726 Stimmen. Somit erhalten die:

Die Unabhängigen 4, Zentrum 31, Bauernbund 10, Weingärtnerbund und kleine Landwirte 4, die Landwirte Oberschwabens 0, die Deutsche demokratische Partei 38, die Sozialdemokraten Württembergs 52, Deutsche Friedenspartei 0 und die Württembergische Bürgerpartei 11. Das Ergebnis aus der Gemeinde Württemberg (Oberamt Leonberg) steht noch aus, ändert aber an dem Gesamtergebnis nichts.

Wilton und die Entschuldigungsansprüche.

Rotterdam, 13. Jan. „Daily Mail“ meldet: Präsident Wilson hat die Neuverpflichtung der bisherigen Schandenverpflichtungen der Alliierten an Deutschland verurteilt. Es soll Deutschland die Möglichkeit gegeben werden, seine Verpflichtungen auf Jahre zu verteilen.

Neue Waffenstillstandsbedingungen?

Brüssel, 13. Jan. Die „Pariser Morgenzeitung“ meldet von informierten französischen Quellen: Generalstabchef Foch werde anlässlich der Verlängerung des Waffenstillstandes folgende neue Bedingungen stellen: Verlängerung der Besatzungstruppen im Rheinland und Übergabe amerikanischer Truppen nach Polen gegen ein Heerergreifen des Bolschewismus. Die Nachricht, Marichal Foch habe sich angesichts der Vorgänge in Berlin eine militärische Intervention, ist unglaubwürdig.

Der Nahrungsmittelbedarf Europas.

Haag, 13. Jan. Aus Washington wird gemeldet: Der Lebensmittelkontrollrat Hoover meldet, daß 1.400.000 Tonnen Lebensmittel notwendig sind, um die Bevölkerung Europas bis zur nächsten Ernte zu versorgen. Er sagt, daß keine Ängste befürchten haben, daß Futtermittel, Fett und Milch in manchen Bezirken so knapp sind, daß das Leben der Bevölkerung jener Gebiete stark gefährdet ist. Die Sterblichkeit unter den Kindern ist erschreckend. Besonders ernst sind die Zustände in Städten.

Englisch-amerikanischer Gegenstand in der Blockadefrage.

Paris, 12. Jan. Wie Chonor Müller aus Paris erfahren, werden seit einigen Tagen von den zuständigen Stellen in Paris offizielle Besprechungen über die Frage der Blockade Deutschlands gepflogen, ohne daß man zu einem abschließenden Ergebnis gekommen sei. Die amerikanischen Delegierten fordern eine möglichst schnelle Entsendung von Lebensmitteln nach Mitteleuropa und erwidern in dieser Hinsicht ein wirksames Reaktionsmittel gegen den Bolschewismus im allgemeinen. Von englischer Seite wird demgegenüber mit allem Nachdruck auf einer Beibehaltung der Blockade in dem bisherigen Umfang bestanden. Man hofft, daß der in den nächsten Tagen zusammenzutretende interalliierte Versammlung eine Lösung finden wird.

Amerikaner und Deutsche im besetzten Gebiet.

Hamburg, 13. Jan. Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet aus dem Haag: Die eingelaufenen amerikanischen Mütter der zweiten Hälfte des Jahres enthalten lange Telegramme aus Holland, die ohne Ausnahme die ausgezeichneten Beziehungen zwischen den amerikanischen Truppen und der Bevölkerung des besetzten Gebietes melden. In einem Privattelegramm der „New York Times“ heißt es: „Alles verläuft ohne die geringste Reibung mit den Deutschen, die unsere freundliche Behandlung zu würdigen scheinen, die als einzig haltend bezeichnet wird. Überall hört man die Deutschen sagen, wie lieb es ihnen ist, daß hier man die Amerikaner in ihrem Gebiet sind. Unsere Politik ist ein Minimum von Einmischung, so lange alles in Ordnung geht.“ — Deutsche Berichte bestätigen, daß die Amerikaner sich in ihrer Handhabung wohlwollend von den Engländern und insbesondere von den Franzosen und Belgiern unterscheiden.

Weiteres in der Beilage.